

Antrag
für
die Sitzung des Rats der Stadt Göttingen
am 16. Februar 2024

Ina Jacobi

Geschäftsführerin
Organisation & Verwaltung

Fraktionsbüro im Neuen Rathaus
Hiroshimaplatz 1-4
Tel.: +49 (551) 400 2785
Grueneratsfraktion@goettingen.de /
i.jacobi@goettingen.de
www.gruene-
goettingen.de/fraktionen/stadtrat

Göttingen, 1. Februar 2024

Housing First in kirchlichen Räumen in der Stadt Göttingen ermöglichen

Der Rat möge beschließen:

Die Stadtverwaltung Göttingen geht auf die christlichen Kirchen in der Stadt Göttingen zu, um mit diesen Wege auszuloten, wie noch im Kalenderjahr 2024 Housing First in kirchlichen Gebäuden ermöglicht und begleitet werden kann.

Über die Ergebnisse der Gespräche wird im Ausschuss für Soziales, Integration, Gesundheit und Wohnungsbau informiert.

Begründung:

Das Menschenrecht auf Wohnraum gilt universell, auch für Obdachlose. Hier fehlt es jedoch an der Umsetzung. Die Stadtverwaltung gibt an, „Gespräche mit verschiedenen Anbieter*innen zur Erweiterung von Zielgruppen oder zur Schaffung neuer Angebote, z.B. angelehnt an das Konzept von „Housing First““ (Konzept zur Begleitung und Unterstützung der Bewohner*innen im Hagenweg 20, S. 11) zu führen.

Wir haben mit Vertreter*innen der christlichen Kirchengemeinden gesprochen. Auch diesen fällt die große Diskrepanz zwischen Wunsch und Wirklichkeit auf. Mehr noch: Sie würden gerne zur Linderung beitragen. Ganz konkret wurde aus den Reihen der Kirche an uns die Frage herangetragen, ob nicht Housing First in deren Räumlichkeiten denkbar wäre. Wir meinen: Das sollte die Göttinger Stadtverwaltung dringend prüfen.

Housing First ist erfolgreich: "Dabei verbessert sich nicht nur der Gesundheitszustand der Programmteilnehmer[*innen], auch der Alkoholkonsum und die Kriminalitätsrate sinken, während die Bereitschaft für Therapieangebote steigt. Für die Gemeinden bedeutet dies auch eine signifikante Kostenreduktion durch Rückgang von Inhaftierungen, aber vor allem durch die sinkende Nutzung von Rettungsdiensten und anderen medizinischen

Versorgungsleistungen. „Selbst, wenn man die Ausgaben für die Unterkunft miteinbezieht, halbierten sich die Gesamtkosten.“ (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Housing_First)

Die Landesregierung verfolgt das Ziel, das Housing-First-Konzept in den Kommunen zu verankern, wird aber wohl in dieser Legislatur keine Mittel für Personal bereitstellen. Wir sollten diesen Weg, der auf der Annahme beruht, dass Wohnen ein Menschenrecht ist, konsequent gehen. "Eine eigene Wohnung dient als Schutzraum und ist die Basis für eine erfolgreiche Lebensbewältigung." Housing First beruht auf den Prinzipien: Verbesserung der Gesundheit, Wahlfreiheit und Entscheidungsmöglichkeiten, Flexible Hilfen so lange wie nötig, Trennung von Wohnen und Betreuung, Personenbezogene Hilfeplanung, Schadensbegrenzung, Aktive Beteiligung ohne Druck und Zwang (vgl. <https://www.housingfirst.berlin/projekt>)